

Geschichte und
Rettungsversuche
eines Begriffes

Was heißt heute links, was heißt heute Sozialismus?

Norbert Seitz

Dass in Zeiten der globalen Finanzkrise wieder die „Systemfrage“ gestellt und von einer „Renaissance des Sozialismus“ die Rede ist, mag kaum verwundern. Denn Debatten, was denn heute noch links oder gar sozialistisch heiße, fanden zwischen Stalins Tod 1953 und dem Mauerfall 1989 in zyklischen Abständen statt. Als die SPD 1963 hundert Jahre alt wurde, erschien ein erster Sammelband dieses Titels *Was ist heute noch links?*, herausgegeben vom Schriftsteller Horst Krger. Ralf Dahrendorf, damals noch in Konstanz lehrend, schrieb darin: „Links ist eine Politik der permanenten Opposition.“ Danach könne nur noch der Intellektuelle als links angesehen werden, der „zu dem Politiker spricht“, will sagen: Links sei Kritik, aber nicht Politik.

Solche Vergewisserungs- und Selbstverstndigungsdiskurse hätten normalerweise nichts Beunruhigendes, wenn sie sich intellektuell kreativ gestalteten und nicht mit den immergleichen Argumenten geführt würden. Unvermeidlich sind sie auf jeden Fall, denn das seit fünf Jahrzehnten von Raymond Aron über Daniel Bell bis Francis Fukuyama postulierte „Ende der Ideologien“ gründete sich schon immer auf eine zwar gut gemeinte, aber leider auch recht naive Wahrnehmung von Politik. „Hinter jeder politischen Handlung und Aussage verbergen sich letztlich Wertprämissen und moralische Urteile“, legte Torben Ltjen unlängst in der Zeitschrift *Universitas* dar: „Daher wäre politisches Handeln gar nicht möglich ohne Ideologien, die den

politischen Entscheidungsrahmen setzen.“ Francis Fukuyama hatte noch zu Beginn der 1990er-Jahre mit dem Sieg des liberalen Kapitalismus im Wettstreit der Systeme auch ein „Ende der Geschichte“ heraufziehen sehen. Für Ltjen ist dies aus heutiger Sicht ein historischer Treppenwitz, „der die naive Selbstüberschätzung des Westens nach 1989 illustriert“.

Er ist also wieder im Rennen, der gute, alte Sozialismus als vormundschaftliche Vision einer besseren Gesellschaft. Doch was heißt heute noch „sozialistisch“ oder „links“? Ist damit in diesen Zeiten mehr gemeint als die Titulierung eines für segensreich gehaltenen Staatsinterventionismus? Der Sozialismus sei „eine gute Idee“, die nur schlecht ausgeführt worden sei, glaubten inzwischen wieder 45 Prozent der Deutschen, fand Allensbach nicht erst jetzt zum Finanzcrash, sondern bereits 2007 heraus. Das Idealbild des Sozialismus habe „das Ende des Kommunismus gut überstanden“ wurde daraufhin in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (4. November 2007) gespottet. Allensbach-Chefin Renate Köcher war drber nicht verwundert, hält sie doch die Deutschen schon immer für ziemlich „staatsglubig“. Die Vision eines omni-prsenteden Frsorgestaates habe sich über alle Zeitläufe und Regierungszsuren eine klare demoskopische Majorität bewahrt (*Wirtschaftswoche*, 9. Juni 2008).

Als wolle sie das begriffliche Okkupantentum der vormaligen PDS noch übertreffen, trat Franziska Augstein zu dem gesellschaftstheoretischen Höhen-

flug an und deklarierte die soziale Gerechtigkeit zum Synonym des Sozialismus: „Derzeit wünschen sich sehr viele mehr soziale Gerechtigkeit im Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland. Dies Begehren: Man kann es christlich-demokratisch nennen, auch christlich-sozial oder sozialdemokratisch, theoretisch gesehen ist es zuallererst: sozialistisch.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 27. Juni 2008).

Abgrenzungschiffre gegenüber dem Kommunismus

An der bewegten Vita des stets umstrittenen Titels vom „demokratischen Sozialismus“ lässt sich demonstrieren, wie sehr ein wacker behaupteter Systembegriff mehr Zerquältheit als Selbstgewissheit stiftet. Der „demokratische Sozialismus“ der SPD galt primär als Abgrenzungschiffre gegenüber dem totalitären Kommunismus. Karl Kautsky hob den Titel nach der Oktober-Revolution Anfang der 1920er-Jahre aus der Taufe, um sich vom leninistischen Terror in der Praxis und vom Ziel einer „Diktatur des Proletariats“ abzusetzen. Doch der Theoretiker des sogenannten „marxistischen Zentrums“ hat gleichzeitig entscheidend zur missbräuchlichen Verwendung des Sozialismus-Begriffs beigetragen, indem er seinen revisionistischen Standpunkt in der Praxis mit einer revolutionären Rhetorik im Programm verknüpfte, das falsche Zukunftserwartungen aufseiten seiner Anhänger wecken sollte.

Kautskys ideologischer Gegenspieler, der Reformist Eduard Bernstein, argumentierte mit seiner Parole, dass „der Weg das Ziel“ sei, im Sinne Kants und subsumierte den Sozialismus-Begriff zur regulativen Idee oder ethischen Prämisse, die sich von allen eschatologischen Erwartungen eines geschichtsnotwendig sich realisierenden Endziels absetzte. Diese Auffassung erkannte zumindest implizit Demokratie und Republik als Wert an sich an.

In den 1950er-Jahren vor Verabschiedung des Godesberger Programms erstarrten die Kontroversen über den einzigen wahren Sozialismus-Begriff zum konfessionellen Ritual. Man unterschied den ethischen à la Willi Eichler vom christlichen à la Walter Dirks oder dem marxistischen à la Wolfgang Abendroth. Dem Begriff des „demokratischen Sozialismus“ maßen die neukantianisch orientierten Verfasser des Godesberger Reformprogramms von 1959 jedoch keine größere Bedeutung mehr bei, denn der Topos Sozialismus galt mitten im Kalten Krieg nach Bekanntwerden des stalinistischen Terrors und seit der rufzerstörerischen Verwendung durch die Nazis als historisch diskreditiert. Somit fand er im neuen Programm von Godesberg nur noch Erwähnung, um den so deutlich unterlegenen Marxisten die vollständige Demütigung zu ersparen und die Partei nicht zu spalten.

Erst mit '68, der Linkswende der Jungsozialisten und der Regierungsübernahme der SPD rekultivierten Teile der Partei den Begriff. Willy Brandt, gewiss kein Freund davon, ließ sich wenigstens eine richtungsoffene und systemneutrale Definition abringen: Demokratischer Sozialismus sei „die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Ordnung, die jedem Menschen die gleiche Chance gibt, sein Leben in Würde frei zu gestalten“. Doch seinem eifernden Bewunderer Günter Grass genügte dies nicht. 1971 schrieb er dem linken Flügel der Partei die historische Aufgabe zu, an einem attraktiven Konkurrenzmodell zu basteln, „um mit dem demokratischen Sozialismus den Leninismus-Stalinismus und damit auch die Okkupation in der Tschechoslowakei zu überwinden“. Den Gipfel der fantastischen Aufladung des Begriffs lieferte indes Heinz-Wilfried Sabais in seinem Essay „Demokratischer Sozialismus ist gesellschaftlich angewandter Humanismus“, veröffentlicht in der *Neuen Gesell-*

schaft im November 1972. Darin fährt der spätere Oberbürgermeister von Darmstadt das ganze europäische Aufklärungserbe in die Scheuer der Partei, getreu der Devise: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch demokratische Sozialisten: „Die christliche Lehre von der Ebenbildlichkeit des Menschen und ihre ethischen Maßstäbe, die proklamierten Menschenrechte der Französischen Revolution, Kants Aufklärung und Ethik, Hegels dialektische Geschichtstheorie, Marx' Kritik des Kapitalismus, Bernsteins kritischer Marxismus, Rosa Luxemburgs Spontaneitätstheorie und Bolschewismuskritik, Schumachers freiheitlicher Sozialismus, die neueren Beiträge von Ernst Bloch, Horkheimer und Adorno, Habermas, Leszek Kolakowski, Milovan Djilas und anderen sind aufeinander folgende und nebeneinander wirkende Bewusstseinsakte eines demokratischen Sozialismus, die auf *ein* ethisches Motiv zurückzuführen sind.“

Sozialdemokratische Siegermentalität nach '89

Unter Parteilinken glich der wieder gepflegte Begriff einer Mischung aus Modelleisenbahn und Pizza Calzone, entlang der Geschäftsmaxime Für unsere Unterprivilegierten stets nur das Beste und vom Feinsten, als da waren: die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung und der Prager Frühling, der schwedische Wohlfahrtsstaat und der Austrosozialismus, die lateinamerikanische Befreiungstheologie und der Eurokommunismus.

Bereits zwei Jahre vor dem Mauerfall büßte der demokratische Sozialismus seine ursprüngliche Bedeutung als Abgrenzungschiffre ein. Beim mehrteiligen SPD-SED-Streitgespräch 1987 wurde der einst für unüberbrückbar gehaltene Unterschied gleichsam entspannungsdiplomatisch entdramatisiert. Nach Absegnung eines gemeinsamen Papiers kommentierte das sozialdemokratische Kom-

missionsmitglied Thomas Meyer, die Vereinbarung habe gute Chancen, ein „Meilenstein auf dem Weg zu neuen Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien des Ostens und den Parteien des Demokratischen Sozialismus im Westen“ zu werden. Das war der Sündenfall, mit dem bislang Unvereinbares gradualisiert wurde.

Spätestens seit 1989 galten alle Vorstellungen von Sozialismus als historisch erledigt. Und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen als marxistisch begründeter Entwurf eines idealen Endzustandes der Gesellschaft; aber auch im sozialdemokratischen Sinne als regulative Idee oder ethische Prämisse. Die eschatologische Differenz zwischen dem Reformismus der SPD und dem Marxismus-Leninismus interessierte nach dem Epochenbruch nur noch rechthaberische Sozialdemokraten, die dabei häufig gegenüber dem im Orkus der Geschichte gelandeten Kommunismus eine platte Siegermentalität an den Tag legten, welche habituell stark an den obsessiven SED-Stil im Umgang mit Geschichte erinnern sollte.

Doch viele Sympathisanten der SPD in Ostdeutschland wurden davon abgehalten, sich ihr politisch anzunähern oder gar anzuschließen – zum Beispiel auch die junge Pfarrerstochter Angela Merkel aus Templin in der Uckermark. Was sie und andere, die sich politisch engagieren wollten, abschreckte, waren die an die SED erinnernde Genossenrede und das programmatisch immer noch verwendete Sozialismus-Ideal. Es entbehrte nicht der Peinlichkeit, wie der Bonner Parteivorstand 1989 den jungen unerfahrenen Gründern der regimeoppositionellen SDP um Steffen Reiche beim Bonner Empfang im Erich-Ollenhauer-Haus über die programmatische Unverzichtbarkeit des demokratischen Sozialismus eine Lektion erteilte.

Doch als sich die SED bei ihrer Umwandlung in die PDS des Titels in einer

Weise bemächtigte, wie Kommunisten sich Geschichte schon immer anzueignen pflegten, war man sozialdemokratischerseits nicht etwa erleichtert, den ideologischen Ballast endlich losgeworden zu sein. Im Gegenteil, Traditionsinke riefen zum quasi Museumsstreit mit der PDS um „linke Mythen“ auf, der nicht nur den „geraubten“ Begriff des demokratischen Sozialismus, sondern auch das Erbe Rosa Luxemburgs oder Lesarten über die SED-„Zwangsvereinigung“, den 17. Juni 1953 oder die alte Ostpolitik betraf. In diesem verschrobenen Mythenduell ist die SPD inzwischen aussichtslos ins Hintertreffen geraten, seit der einst davongelaufene SPD-Chef Lafontaine seine tief verunsicherte frühere Partei auf nahezu allen Identitätsfeldern vorzuführen versteht.

Schröders gescheiterter Streichungsversuch

Ende 2003 unternahm Parteichef Gerhard Schröder mit seinem Generalsekretär Olaf Scholz den Versuch, das SPD-Programm an die Reformagenda anzupassen. Dabei sollte auch der Ladenhüter vom „demokratischen Sozialismus“ aus dem Programm entsorgt werden. Damit wurden jedoch nur schlafende Hunde gegen den Agenda-Kurs und die Basta-Methode geweckt. Unmut über den Utopiemangel und angeblichen Hyperpragmatismus des Medienkanzlers kam auf. Außerdem verärgerte die lässige Art, der technokratische Federstrich, mit dem man sich eines lästigen Altideals entledigen wollte. Was wunder, dass Olaf Scholz auf dem Bochumer Parteitag im November 2003 haar-scharf an seiner Abwahl vorbeischlitterte, ehe es ein Vierteljahr darauf so weit war, dass der Vorsitzende und sein Generalsekretär ihre Ämter entnervt über die strukturalistischen Widerstände an der Basis gegenüber der Reformagenda zur Verfügung stellten. Dabei hatte Olaf Scholz in seiner Begründung durchaus den entscheidenden Punkt getroffen: Es werde

keinen gesellschaftlichen Zustand namens „demokratischer Sozialismus“ geben, der „auf unsere marktwirtschaftlich geprägte Demokratie folgen wird“. Deshalb solle man auch nicht solche Illusionen erzeugen, denn die SPD sei „keine Transformations-, sondern eine Emanzipationsbewegung“.

Der Streit um den Titel „DS“ geriet zu einer Gespensterdebatte, die ins quasi Religiöse abdriftete. So schuf Andrea Nahles bei ihren Genossen einige Verwirrung und aufseiten ihrer Gegner manchen Schenkelschlag, als sie davon sprach, der SPD drohe mit dem Verzicht auf den Sozialismus-Begriff eine beklagenswerte „Säkularisierung“ (!). Dies war ein Bruch mit der Diesseitigkeit des demokratischen Sozialismus, welche die Partei gegenüber der kommunistischen Orthodoxie und deren sakralisierter Zielbeschreibung immer für sich in Anspruch genommen hatte. Andere Kritiker sahen die Partei als „Kirche ohne Ostern“ enden oder trieben Schindluder mit dem theosophischen „Aura“-Begriff Walter Benjamins, den der jüdische Philosoph einst für Kunstwerke vorsah, aber kaum für Parteimuseen, das der Sozialdemokratie schon gar nicht. Die beabsichtigte Streichung des „Symbolbegriffs“ aus dem „Wertekanon“ der SPD löste kaum nachzuvollziehende Ängste um die Tradition und viel zitierte Identität aus. Der Akku werde schnell leer, trat Sigmar Gabriel gegen den innerparteilichen Konkurrenten Scholz nach, wenn die Leitidee, die sozialdemokratische Menschen für ein „humanes, freies, gerechtes und demokratisches Zusammenleben“ antreibe, unscharf werde. Demokratischer Sozialismus sei „die Gewissheit, für mehr zu stehen als für den oft mühseligen und nicht immer erfolgreichen politischen Alltag“.

Auf dem Hamburger Programmparteitag 2007 wurde die Beibehaltung des „demokratischen Sozialismus“ vom Konvent bestätigt. Die Parteilinie trium-

phierte tränenreich, sodass mancher Reformier sich auf der falschen Veranstaltung wähnte. Doch die Begriffsalternative „soziale Demokratie“ konnte keine Aufbruchstimmung entfalten, weil sie nur Altes bestätigte, einen sozial reduzierten Freiheitsbegriff und ein zentralistisches Politikverständnis, sodass zum Austausch mit der heiß geliebten alten Losung ohnehin kein inhaltlich begründeter Anlass bestand.

Der Paderborner Soziologe Dierk Spreen, selbst SPD-Mitglied, hat darauf hingewiesen, dass der Begriff demokratischer Sozialismus eine *Contradictio in adjecto* darstelle, insofern die Demokratie verschiedene politische Leitideen toleriere, während Sozialismus streng genommen auf das Ideal *einer* Gesellschaftsform hinweise, die das genau ausschließe. Eine regulative Idee des Politischen sollte Individualismus, Eigenverantwortung und Gerechtigkeit in ein zeitgemäßes Verhältnis setzen. Dass diese regulative Idee aber der „demokratische Sozialismus“ sein solle, „will so recht keinem einleuchten.“ Der Begriff ist blanke Politfolklore.

Christian Rickens hat in seinem Buch *Links. Comeback eines Lebensgefühls* auf die einzig noch mögliche Alternative des Linksseins hingewiesen: „Linksliberal oder linksorthodox?“ Das „Sozialistische“ oder „Linksorthodoxe“ der Linkspartei baut auf drei Traditionssäulen auf: einem egalitär deformierten Gerechtigkeitsbegriff; einer pazifistisch anmutenden Ohne-uns-Haltung in Fragen der Sicherung des äußeren Friedens; einem Freund-Feind-Verständnis von Politik, das zwischen Dritte-Welt-Romantik und antifaschistischer Hysterie changiert und sich ein taktisches Verhältnis zu den Menschenrechten leistet. Neu am Linkssein der Linkspartei ist lediglich, dass sie „das erste sozialistische Projekt“ repräsentiert, „das ohne Fortschrittsglauben auskommt“ (Thomas E. Schmidt). Von

diesem Linkssein geht selbst in Zeiten der größten Krise des Kapitalismus in der Geschichte der Bundesrepublik keine zündende Idee oder gar Vision zum Aufbruch mehr aus. Als Lafontaine jüngst an einem Protestwochenende die süßen Früchte des linken Volkstribuns ernten wollte, waren es doch nur Eier, die er von jungen Demonstranten abbekam.

Und die SPD? Wie befreit sich die Partei endlich vom Alldruck der Ideologien und Geschichtsentwürfe? Die Sozialdemokratie scheint ohne ideologische Begleitmusik – Visionen, Utopien, Leitbilder, Wegmarken – nicht auszukommen. Weshalb auch die Absenz des Utopischen gern mit fantasie- und wunschlosem Hyperpragmatismus gleichgesetzt wird. Was jedoch hätte die Partei an den gewünschten „Erzählungen“ zu bieten, um die Leerstelle zu füllen, die der nicht mehr kommunizierbare Sozialismus-Begriff im emotionalen Speicher seiner Mitglieder hinterlassen hat?

Es ist aber keine Utopie mehr vorstellbar, die alles auf einen Fluchtpunkt hin ausrichtet, denn es gibt kein zentrales gesellschaftliches Steuerungszentrum mehr. Die Politik als Kopf der Gesellschaft galt „nur noch für mittelalterliche Ständegesellschaften“ (Detlef Horster). Der von Rickens geforderte „Linksliberalismus 2.0“ erfordert dagegen eine neue Antwort auf die Frage: Wie schafft man beides – *frei* zu sein, ohne der marktliberalen Orthodoxie anheimzufallen, und *solidarisch* zu sein, ohne dem gewerkschaftlichen Strukturkonservatismus auf den Leim zu gehen.

Da aber der ganze sozialdemokratische Entwurf von jeher auf staatliches Handeln fixiert ist, muss angesichts der neuerlichen Hochzeit des Etatismus, die wir gerade im Zeichen der globalen Finanzkrise erleben, eher von einer rhetorischen Wiederbelebung alter Leitbegriffe ausgegangen werden. Retro ist angesagt und nicht Reform. Die Rechthaber, Aufwärmer und Wiederkäufer haben Konjunktur.